

Über die Anfänge der CDU in Köln 1945–1948*

Von Rudolf Lill

In der progressiven oder sich politisch korrekt gebenden Publizistik wird der Eindruck erweckt, als hätten sich nur wenige Deutsche vom Nationalsozialismus ferngehalten, als wären die meisten damaligen Deutschen für die Verbrechen des Dritten Reiches mitverantwortlich geworden, als wäre die Demokratie 1933 nur von Links verteidigt und erst nach 1945 von den Alliierten fest in Deutschland implantiert und dann seit 1968 von neuen Bewegungen tiefer fundiert worden. Erst seitdem, so behauptet man, setzten die Deutschen sich auch intensiver mit dem Dritten Reich auseinander.

Der durch die Bildungspolitik der letzten 30 Jahre forcierte Geschichtsverlust ist längst auch im bürgerlichen Lager angekommen. Auch dort findet die „politisch korrekte“ Interpretation der Zeitgeschichte, obwohl sie als Instrument im aktuellen Streit der Meinungen dient, immer breiteren Konsens oder bloß hilflose Reaktionen. Dabei verschweigt jene Publizistik, dass es auch in Deutschland – trotz der etatistisch-autoritären Strukturen und Mentalitäten im preußisch dominierten Reich – evolutionär-reformistische, ja demokratische Kräfte gegeben hatte; nicht nur auf der Linken, sondern auch in der Mitte und darin z. B. im politischen Katholizismus Westdeutschlands, welcher 1945 in Köln den tragenden Hintergrund für die CDU-Gründung gebildet hat. Unter Berufung auf ihre je eigenen Traditionen wollten schon 1945 sowohl Christdemokraten wie Sozialdemokraten die Demokratie neu fundieren; und ebenso nicht wenige Liberale. Der politisch bedeutendste von Letzteren, unser erster Bundespräsident Theodor Heuss, berief sich dabei auf die liberale Revolution von 1848 und auf die Republik von 1918 – nicht (obwohl er ein großer Freund der Juden war) auf die Konsequenzen von Auschwitz! Wer heute die „Orientierungslosigkeit“ der damaligen Menschen im Jahre 1945 herausstellt¹, sagt nur die halbe Wahrheit; desorientiert waren nur die früheren Nazis!

„In Deutschland bildeten sich wenige Wochen nach Kriegsende ... in vielen Städten unabhängig voneinander christlich-demokratische Parteigruppierungen ... Der Zusammenschluss ... zu regionalen Verbänden zog sich bis 1947 hin.² Unter diesen vielen Städten haben das zu mehr als 80 % zerstörte Köln

* Vortrag beim Festakt „60 Jahre CDU“ am 8. März 2005 im Gürzenich in Köln.

1 Z. B. für Köln Eberhard ILLNER in: *Kunst und Kultur in Köln nach 1945*, Köln 1996, S. 14.

2 Günter BUCHSTAB, 1945–1949, in: Winfried BECKER u. a. (Hg.), *Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland*, Paderborn 2002, S. 53–64 (hier S. 53). Vgl. auch Winfried BECKER, *CDU und CSU 1945–1950* (Studien zur politischen Bildung, Bd. 13), Bergisch-Gladbach 1987, für Köln und das Rheinland insbes. S. 107–119. Günter BUCHSTAB/Klaus GOTTO (Hg.), *Die Gründung der Union. Tradition, Entstehung und Repräsentanten*, 2. Aufl., München 1990.

(mit nur mehr knapp 140.000 Einwohnern im Mai 1945), dessen rheinisches Umland und hiesige Politiker, auch bereits Politikerinnen³, wegweisend gewirkt – jedenfalls weitaus reflektierter und effizienter, als der heutige Zustand der Stadt und der hiesigen CDU annehmen lässt.

Zwar ist die CDU in Berlin ebenso früh, Mitte Juni 1945, wie in Köln gegründet worden, aber mit einem gesamtdeutschen Anspruch, der sich nicht realisieren ließ und den die Gründer im Westen, Südwesten und Süden durchaus nicht wollten. Sie, darunter auf Dauer am wirksamsten der Kölner Konrad Adenauer (geb. 1876) haben die Frühentwicklung der Union bestimmt, welche darum regionalistisch strukturiert und föderalistisch ausgerichtet wurde. Das war bewusste, in den politischen Traditionen des Westens (gerade auch Kölns!) und des Südens angelegte Abkehr vom Berliner Zentralismus (welcher in den „Kölner Leitlinien“ als „undeutsch“ bezeichnet wurde) und von dessen Zuspitzung im Dritten Reich.

Auch an der Berliner Gründung war maßgeblich ein Kölner, Andreas Hermes (geb. 1878) beteiligt; als Zentrumspolitiker (bes. Agrarpolitiker) seit 1919 in Berlin tätig und dort weiter in den reichischen Zentralismus hineingewachsen als Adenauer ihn akzeptierte. Hermes war 1933/34 verfolgt, dann emigriert, seit 1939 wieder im Rheinland, wegen seiner Widerstandskontakte zum hiesigen Kettelerhaus und dann zu Goerdeler nach dem 20. Juli 1944 verhaftet, im Januar 1945 in Berlin vom Volksgerichtshof (VGH) zum Tode verurteilt worden, konnte aber überleben.⁴

Die recht zahlreichen Kölner CDU-Gründer, an der Spitze zunächst der Philologe und Bibliotheksdirektor Leo Schwering (geb. 1883, 1934 zwangspensioniert, nach dem 20. Juli 1944 in Haft),⁵ Peter Josef Schaeven (bis 1933 Generalsekretär des Zentrums in Köln) und Hans Schaefer waren schon seit März/April 1945 aktiv; sie gehörten zu den nicht wenigen Deutschen, die den Untergang des Dritten Reiches seit langem erhofften, von ihnen ist heute zu wenig die Rede. Am Rhein kamen sie eben größtenteils aus dem hier stark gewesenen linken, unbedingt demokratischen und sozialreformerischen Flügel des Zentrums und aus jenem katholischen Milieu, welches insgesamt das Dritte

3 Diese (Änne Franken, Mathilde Gescher, Hanna Gerig, Sibille Hartmann, Erika Voigt, wenig später auch Christine Teusch) möchte ich auch deshalb hervorheben, weil die Kölner SPD-Abgeordnete Lale Akgün kürzlich den Eindruck verbreitete, dass die Lage der Frauen in Deutschland noch vor 40 Jahren nicht wesentlich anders gewesen sei als heute in der Türkei. Vgl. „Kölner Stadt-Anzeiger“, 20./21.11.2004, S. 2.

4 Rudolf MORSEY, *Andreas Hermes (1878–1964)*, in: Günter BUCHSTAB/Brigitte KAFF/Hans-Otto KLEINMANN (Hg.), *Christliche Demokraten gegen Hitler. Aus Verfolgung und Widerstand zur Union*, Freiburg i. Br. 2004, S. 240–247.

5 Winfried HERBERS, *Leo Schwering (1873–1971)*, in: *Christliche Demokraten gegen Hitler* (wie Anm. 4), S. 453–460. Leo Schwering hatte seine Erfahrungen zusammengefasst in seiner *Frühgeschichte der Christlich-Demokratischen Union*, Recklinghausen 1963.

Reich einigermaßen intakt überstanden hatte;⁶ etliche, so Schwering, aus den widerständigen Kreisen, die sich besonders im linken Spektrum des früheren Zentrums gebildet hatten. Da sie 1945 nicht wieder das Zentrum, sondern die für Deutschland neue interkonfessionelle Volkspartei, eben die „Union“, wollten, waren ihnen Evangelische wie der Pfarrer Hans Encke und dessen Gattin Helene Encke, der Redakteur Fritz Fuchs sowie der Bankier Robert Pferdmennges (1950–1962 MdB, Berater Adenauers) hochwillkommen.⁷

Die Kölner CDU hatte sich, wie gesagt, schon im Juni 1945 konstituiert, die des Rheinlandes entstand, ebenfalls in Köln und zunächst ebenfalls unter Schwerings Vorsitz, am 2. September. Von den Mitgründern in Köln sind noch zu erwähnen Johannes Albers (Gewerkschafter, noch am 6. April 1945 vom VGH zu Zuchthaus verurteilt, bald Inspirator der Sozialausschüsse), Bruno Potthast, Sibille Hartmann, Theodor Scharmitzel, Ernst Schwering, Wilhelm Warsch und (wenig später) Christine Teusch,⁸ von den Helfern aus dem katholischen Klerus die Dominikaner Laurentius Siemer und Eberhard Welty sowie der Stadtdechant Robert Grosche.⁹

Auf der Gründungsversammlung am 17. Juni hatte Leo Schwering einen ersten, grundlegenden Programmentwurf vorgelegt, am 1. Juli haben die Grün-

6 „Denn in Deutschland gab es zwischen dem späten 19. Jahrhundert und 1933 zwei Heimatmilieus par excellence ...: das sozialdemokratische und das katholische. Aber eben diese beiden Milieus widerstanden am stärksten den antidemokratischen Herausforderungen jener Jahrzehnte. [Sie] blieben stabil auch während der Verwerfungen, Krisen und Umbrüche in den frühen dreißiger Jahren. Hier gab es die geringsten Konversionen zum Nationalsozialismus“. Vgl. Franz WALTER, in: *Universitas* 60 Jg. Nr. 704 (Februar 2005), S. 140.

7 Die Quellen zur Frühgeschichte der Kölner CDU wurden sehr breit erschlossen und ausgewertet von Winfried HERBERS, *Der Verlust der Hegemonie. Die Kölner CDU 1945/46–1964* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, 42), Düsseldorf 2003. Von den zuvor erschienenen Gedenk-Aufsätzen ist hervorzuheben der von Ulrich SOÉNIUS, *Neubeginn im zerstörten Köln*, in: *50 Jahre CDU Köln 1945–1995. Festschrift zur 50. Wiederkehr des Gründungstages der Christlich Demokratischen Union*, hg. v. der Christlich-Demokratischen Union Köln, Köln 1995, S. 8–15. Ausführlicher und gut gewichtet hatte bereits Hermann-Josef ARENTZ, *Die Anfänge der Christlich-Demokratischen Union in Köln*, in: Otto DANN (Hg.), *Köln nach dem Nationalsozialismus. Der Beginn des gesellschaftlichen und politischen Lebens in den Jahren 1945/46*, Wuppertal 1981, S. 117–138 berichtet.

8 Die Broschüre *Zwanzig Jahre CDU in Köln* (Köln 1965, mit einem kurzen Geleitwort von Konrad Adenauer) nennt 22 Personen, darunter drei Frauen: M. Gescher, S. Hartmann, C. Teusch. Zu Albers vgl. HERBERS, in: *Christliche Demokraten gegen Hitler* (wie Anm. 4), S. 72–80; zu Teusch vgl. Rudolf LILL, EBD. S. 501–509; siehe auch Anm. 21 und 23.

9 Robert GROSCHE, *Kölner Tagebuch 1944–1946*, Köln 1969; Stefan NOETHEN, *Christlicher Sozialismus in der Stunde der Neuordnung 1945. Das Dominikanerkloster Walberberg und die Kölner Leitsätze der CDU*, in: *Geschichte im Westen* 11 (1996), S. 48–71; Rudolf UERTZ, *Christentum und Sozialismus in der frühen CDU*, Stuttgart 1981.

der in den „Kölner Leitlinien“ das erste Programm der CDU formuliert, welches weit über Köln hinaus gewirkt hat. Sie plädierten darin nicht nur eindringlich für ein neues „auf Recht und Frieden gegründetes Deutschland“ mit „ehrlicher Besinnung auf (seine) christlichen und abendländischen Lebenswerte“, sondern beriefen sich, unter dem mitbestimmenden Einfluss der beteiligten Dominikaner, auf die „Achtung menschlicher Würde“, d. h. auf das durch Rechtspositivismus und Staatsomnipotenz verschüttete Naturrecht. Von den konkreten Leitlinien galten darum die ersten dem Individuum und der Familie, der Wiederherstellung des Rechtsstaates und der Meinungs-, Vereins- und Versammlungsfreiheit. Sodann wurden die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse und das natürliche Recht der Eltern auf die Erziehung ihrer Kinder als Grundlage der Schule postuliert, des weiteren die Gliederung Deutschlands in selbständige Länder, die Wiederherstellung der kommunalen Selbstverwaltung, das Recht auf Eigentum und soziale Reform – generell Demokratie und Friedenspolitik.¹⁰

Das war in allem das gut begründete Gegenteil von dem, was zwölf Jahre lang zu unserem Unglück propagiert und getan worden war. Nicht nur Nationalsozialismus und Rassismus wurden darum mit Schärfe verurteilt, sondern als deren Verbündete auch Militarismus und Großkapital. Leo Schwing und ebenso Johannes Albers und Eberhard Welty sympathisierten mit den in manchen Gründerkreisen umgehenden Ideen eines „christlichen Sozialismus“, welche freilich mit Adenauers Konzeption einer möglichst großen Partei der Mitte unvereinbar waren. Als wesentliche Voraussetzung des Nationalsozialismus kritisierten die „Leitlinien“ den Materialismus – das entsprach einer unter den christdemokratischen Gründern weit verbreiteten Überzeugung, die uns auch deutlich in Adenauers Kölner Grundsatzrede vom 24. März 1946 begegnen wird: die Überschätzung des Staates sowie die materialistische Weltanschauung, im weiteren Sinne die heute als Selbstwert gerühmte Säkularisierung der Gesellschaft, seien Hauptvoraussetzungen des Nationalsozialismus gewesen.

Leo Schwing empfand sich auch als „Testamentsvollstrecker“ derjenigen seiner Freunde, die von der Gestapo aus Köln verschleppt und in Berlin oder an anderen Orten Mitteldeutschlands getötet worden waren: Theodor Babilon und Heinrich Richter, Otto Gerig und Heinrich Körner – dazu die in Köln tätig gewesenenen Führer der KAB: Bernhard Letterhaus, Nikolaus Groß und Otto Müller. Schwing sprach von ihnen als von „christlichen Blutzeugen“, deren Opfer „Kitt“ für die neue CDU bedeute.¹¹

10 Der Text dieser „Leitlinien“ wurde oft gedruckt, so in: Peter HINTZE (Hg.), *Die CDU-Parteiprogramme. Eine Dokumentation der Ziele und Aufgaben*, Bonn 1995, S. 9–12.

11 HERBERS (wie Anm. 5), S. 457.

Eine Zwischenbilanz

Die Kölner CDU-Gründer kamen zumeist aus dem früheren Zentrum. Ebenso wie viele Sozialdemokraten verkörperten sie die durch den Nationalsozialismus unterbrochene demokratische Kontinuität, an die sie 1945 wieder anschließen wollten, nun noch mehr als bis 1933 unter Rekurs auf Naturrecht und Subsidiarität.¹²

Die Erfahrung des Dritten Reiches hatte die Zentrumsleute bestärkt im Willen zur interkonfessionellen politischen Zusammenarbeit der Christen: Vom Zentrum zur Union!

Sie waren sämtlich Gegner des NS, die meisten waren vom Dritten Reich emarginiert, etliche verfolgt worden. Viele hatten sich an Gruppen des Widerstands oder der Widerständigkeit beteiligt: Vom Widerstand zur Union!

Die politische Demokratie war für sie eine Konsequenz aus der eigenen Geschichte. Sie erwarteten sich die geistige Überwindung des Nationalsozialismus weniger von moralisierender Empörung als von inhaltlicher Auseinandersetzung, von einer Re-Christianisierung der Gesellschaft und von guter Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirchen.

Aus der Herkunft aus dem „katholischen Milieu“ resultierte bei vielen jedoch auch eine defensive Distanz gegenüber der kulturellen Moderne, die lange nachgewirkt und das Verhältnis der CDU zu den Intellektuellen erheblich erschwert hat. Andererseits gehörte zur Zentrumstradition die politische Unabhängigkeit von der kirchlichen Hierarchie, auf der gerade auch Konrad Adenauer stets bestanden hat.

Adenauer selbst, auch er seit 1933/34 „geächtet, bedroht und überwacht“ (Rudolf Morsey),¹³ hatte nicht zu den lokalen Parteigründern gehört. Aber von Mai bis Oktober 1945 war er erneut Oberbürgermeister und hat die dominante kommunale Stellung der CDU begründet, welche eine Jahrzehnt gedauert hat. Er kümmerte sich zunächst besonders um die Personalpolitik und um die Schulen, um notdürftige Konzert- und Theateraufführungen. Die – noch städtische – Universität wurde im Dezember 1945 neu eröffnet. Sogleich hatte

12 Vera BRÜCKER, *Der Kölner Kreis und seine Konzeption für ein Deutschland nach Hitler*, in: HPM 2 (1995), S. 49–82; Stephan NOETHEN, *Pläne für das vierte Reich. Der Widerstandskreis im Kölner Kettelerhaus 1941–1944*, in: *Geschichte in Köln* 39 (1996), S. 51–73.

13 Rudolf MORSEY, Art. *Adenauer*, in: *Lexikon* (wie Anm. 2), S. 169f. Über Adenauer als Bundeskanzler vgl. Hans-Peter SCHWARZ, EBD. S. 170–176. Vgl. auch Konrad ADENAUER, *Erinnerungen 1945–1953*, Stuttgart 1964, Kap I–IV; Hans-Peter SCHWARZ, *Adenauer. Der Aufstieg: 1876–1952*, Stuttgart 1986, (insbes. ab S. 425). Aus der älteren Literatur Toni DIEDERICH, *Adenauer als Kölner Oberbürgermeister von Mai bis Oktober 1945*, in: *Konrad Adenauer, Oberbürgermeister von Köln. Festgabe der Stadt Köln zum 100. Geburtstag ihres Ehrenbürgers am 5. Januar 1976*, hg. v. Hugo STEHKÄMPER, Köln 1976, S. 499–530.

Adenauer befreundete Beigeordnete berufen, die wie er 1933 aus ihren Ämtern verdrängt worden waren, darunter Ernst Schwing, einen mehr zur politischen Mitte tendierenden jüngeren Bruder Leo Schwingers. Erster Kulturdezernent wurde der parteilose Professor der klassischen Philologie Josef Kroll. Die Stadtverwaltung leitete schon seit März 1945, von der amerikanischen Besatzungsmacht berufen, Adenauers Schwager Wilhelm Suth, der ebenfalls 1933 als Beigeordneter abgesetzt worden war. Er begann u. a. mit ersten Initiativen zur Rückführung der vielen bei Kriegsbeginn aus Köln entfernten Kunstwerke, seit der Gründung der CDU war auch er deren Mitglied.

Aber Adenauer widmete sich nicht nur, wie es die britische Besatzungsmacht von ihm erwartete, den drängenden Problemen in der Stadt, obwohl er sofort wieder an seine Bemühungen in den 1920er Jahren anknüpfte, Köln zum kulturellen Zentrum Westdeutschlands zu machen. Doch er wollte sogleich politischer und weiträumiger handeln und die entstehende Union im gesamten Westen und Süden, dazu im Norden fundieren, v. a. durch eine breite und sehr gezielte politische Korrespondenz. In einem Brief an seinen Münchener Kollegen Karl Scharnagl (geb. 1891, schon 1925–1933 OB von München, als solcher von den Amerikanern wieder eingesetzt, war 1944 im KZ Dachau inhaftiert gewesen) skizzierte er z. B. am 21. August 1945 die „grundlegenden Prinzipien der Partei: 1. Führung des Staates auf christlicher Grundlage, d. h. nach den Prinzipien, wie sie sich auf der Grundlage des Christentums in einer Jahrhunderte langen Entwicklung in Europa herausgebildet haben. 2. Demokratie. 3. Betont fortschrittliche soziale Reform ..., nicht Sozialismus“. Sehr zufrieden stellte er fest, dass die „ganz überwiegende Mehrheit“ des früheren Zentrums sich nun zur Union bekenne und dass deren Gründung auch von evangelischer Seite gefördert werde. Wie oft warnte er eindringlich vor der Gefährlichkeit des noch expandierenden Kommunismus und warb gerade deshalb für den Anschluss an West-Europa.¹⁴

Adenauer und seine politischen Freunde traten aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen und als Repräsentanten einer Stadt, welche tragende Stützen der Weimarer Republik hervorgebracht hatte (so Reichskanzler Wilhelm Marx 1923–1925, 1926–1938, Reichsarbeitsminister Heinrich Brauns 1920–1928, Adenauer selbst als Präsident des preußischen Staatsrats 1921–1933), und welche in demokratischen Wahlen nie eine Mehrheit für die NSDAP erbracht hatte, durchaus selbstbewusst auf. Sie hatten nicht vergessen und wagten auszusprechen, dass der Reichstagswahlkreis Köln-Aachen noch im März 1933 der mit dem geringsten Stimmenanteil der NSDAP (30,1 %) in ganz Deutschland gewesen war! Bei der Eröffnung der ersten von den Briten ernannten Stadtver-

¹⁴ Konrad ADENAUER, *Briefe 1945–1947* (Rhöndorfer Ausgabe), bearb. v. Hans Peter MENSING, Berlin 1983, Nr. 65.

ordnetenversammlung (aus CDU, SPD und KPD) am 1. Oktober 1945 sagte der Oberbürgermeister: „Wir, Sie und ich, sind nicht die Schuldigen an diesem Elend. Wir ... sind dazu verurteilt und gezwungen, durch die Liebe zu unserem Volk, das wir nicht vollends untergehen lassen wollen, diese schwere und furchtbare Bürde auf uns zu nehmen. ... So wollen wir gemeinsam ans Werk gehen. Gebeugt, tief gebeugt, aber ... nicht gebrochen.“¹⁵ Noch deutlicher hat er ein knappes halbes Jahr später in seiner Grundsatzrede am 24. März 1946 gesprochen, in der er bei seiner Beschreibung der deutschen Zustände vom „Bild unserer armen, geschändeten Stadt“ ausging und fortfuhr: „Und dabei hätte sie von allen deutschen Großstädten es am wenigsten verdient; denn nirgends ist dem Nationalsozialismus bis 1933 so offener und seit 1933 so viel geistiger Widerstand geleistet worden, nirgendwo waren die nationalsozialistischen Stimmen sogar noch bei den letzten freien Wahlen im Jahre 1932 prozentual so niedrig wie in Köln“.¹⁶ Die Damen und Herren des 1989 errichteten städtischen NS-Dokumentationszentrums bemühen sich zwar unverdrossen, auch für Köln breiteren Konsens zum Dritten Reich aufzuweisen,¹⁷ aber Ade-

15 Konrad ADENAUER, *Reden 1917–1967. Eine Auswahl*, hg. v. Hans-Peter Schwarz, Stuttgart 1975, S. 79–81; ADENAUER, *Erinnerungen* (wie Anm. 12), S. 30–33.

16 ADENAUER, *Reden* (wie Anm. 14), S. 82–106.

17 Vgl. die Auslassungen und Einseitigkeiten in: *Köln im Nationalsozialismus. Ein Kurzführer durch das EL-DE-Haus*, hg. vom NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln, Köln 2001. Einige Beispiele: Als Hauptgegner der NSDAP werden die Linksparteien genannt (S. 85), die ebenso heftige Konfrontation mit dem Zentrum wird verschwiegen. Die „Machtübernahme“ im März 1933 wird als „reibungslos ... wie anderswo“ bezeichnet (S. 80). Es wird nicht erklärt, dass die schnelle Außerkraftsetzung der demokratischen Regeln im März 1933 nicht vom Kölner Rat, sondern von der neuen Regierung in Berlin ausging (S. 94). Von Adenauer wird nur berichtet, dass er fliehen musste (S. 89, „reibungslos“?). Verschwiegen wird, dass gegen den am 13. März abgesetzten Oberbürgermeister eine bis 1937 dauernde Verleumdungs- und Prozesskampagne inszeniert wurde, die viele seiner politischen Freunde einschüchtern musste. Das Reichskonkordat wird ohne jeden Bezug auf die umfangreiche Forschung als katholische Bekundung „genereller Loyalität“ fehlinterpretiert (S. 135), der Erzbischof Kardinal Schulte, der die NS-Ideologie grundsätzlich ablehnte, aber offene Konflikte vermeiden wollte, vereinfachend als „anpassungsbereit“ bezeichnet (S. 137). Dass trotz dessen Vorsicht 1934 als (vom Konkordat geschützte) „amtliche Beilage“ zum Kirchlichen Anzeiger des Erzbistums Köln die wirkungsvollste Widerlegung von Rosenbergs „Mythos des 20. Jahrhunderts“ erschien, wird nicht erwähnt. Im Abschnitt „Religion oder Gottgläubigkeit“ (S. 132–139) werden weder die kontinuierliche Selbstbehauptung der katholischen Gemeinden noch die daraus entstandenen Grundsatzkonflikte (so 1937) gewürdigt; vgl. dazu Ulrich von HEHL, *Katholische Kirche und Nationalsozialismus im Erzbistum Köln 1933–1945* (Kommission für Zeitgeschichte. Veröffentlichungen. Reihe B: Forschungen, Bd. 23), Mainz 1977. Der Abschnitt „Zwischen Anpassung und Widerstand“ (S. 182–193) handelt vorwiegend von linken Gruppen. Die Widerständigkeit aus Zentrumskreisen wird nur auf S. 189 skizziert, weder deren Planungen für die Zeit nach Hitler noch ihre Abstützung im „katholischen Milieu“ (vgl. Anm. 6) werden erwähnt. – Vorwurfsvoll wird festgestellt, dass „aktiven Widerstand lediglich eine kleine Minderheit leistete“ (S. 182); aber nirgends wird erörtert, inwieweit solcher Widerstand unter den Bedingungen des real existierenden Totalitaris-

nauer, der bekanntlich durchaus nicht unkritisch mit Nazis und Mitläufern umgegangen ist, wusste es besser, aus eigenem Erleben! Wer die eigene Geschichte kennt und sich zu ihr bekennt, braucht sich von niemandem darüber belehren zu lassen, wie er mit dem Dritten Reich und dessen Folgen umzugehen hat. Nur wer diese Geschichte kennt, kann auch ihrer heutigen Manipulation im eingangs skizzierten Sinne überzeugend widersprechen.

Die Führung der rheinischen CDU durch den nie in politischen Leitungsämtern gewesenen Leo Schwing blieb ein Provisorium. Denn der in jeder Hinsicht stärkere Adenauer, den die Militärregierung im Oktober 1945 nur vorübergehend kaltgestellt hatte, war davon überzeugt, dass er selbst am besten die neue Partei führen und zur möglichst breiten Volkspartei formen könne, und entsprechend hat er mit enormem Durchsetzungswillen gehandelt. Binnen kurzem „kumulierte (der inzwischen 70-jährige) Adenauer in einer parteipolitischen Blitzkarriere sämtliche Führungsämter der CDU in Nordrhein-Westfalen und in der britischen Zone.¹⁸ Am 1. März 1946 wurde er definitiv zum Parteivorsitzenden gewählt.

Sogleich hat Adenauer, der bekanntlich ebenso autoritär wie trickreich auftrat, alles getan, um die neue Partei auf seinen Kurs der Mitte und der West-Ausrichtung festzulegen und sie zugleich historisch zu legitimieren. Diesem doppelten Ziel war zunächst die meisterliche Rede gewidmet, die er am 24. März 1946 in der Aula der Kölner Universität, dem einzigen großen Versammlungsraum in der zerstörten Stadt, vor mehr als 2000 Zuhörern gehalten hat.

Nach den schon erwähnten Hinweisen auf die Kölner Zeitgeschichte wagte er einleitend auszusprechen, dass es im Krieg nicht nur „Verbrechen über Verbrechen größten Ausmaßes“, sondern auch „Wunder an Tapferkeit und Pflichttreue“ gegeben habe, dass das deutsche Volk zwar „ins Bodenlose abgestürzt sei, aber nun sein schweres Geschick „mit heldenhafter Stärke, Ausdauer und Geduld“ trage, sodass auch er, der sich seit 1933 oft für sein Land geschämt hatte, nun wieder stolz darauf sei. Solche Worte sollte vielleicht bedenken, wer heute eine Patriotismus-Debatte anregt. Um „den richtigen Weg ... zum Wiederaufstieg zu finden“, forderte Adenauer „kein Schuldbekenntnis des gesamten deutschen Volkes“, wohl aber eine „Gewissenserforschung“. Und damit griff er weit in die Geschichte zurück, weil er aufweisen wollte, dass der Nationalsozialismus letztlich eine „bis ins Verbrecherische gesteigerte Kon-

mus möglich und verantwortbar oder ob nicht Selbstbehauptung „für die Zeit danach“ die vernünftige Alternative war. Man vergleiche die ausführlichere und unparteiische Darstellung von Ingrid HEGE, *Köln am Ende der Weimarer Republik und während der Herrschaft des Nationalsozialismus*, in: DANN (wie Anm. 7), S. 15–34.

17 So Rudolf MORSEY, in: *Lexikon* (wie Anm. 13), S. 170. Vgl. für die Einzelheiten SCHWARZ, *Adenauer. Der Aufstieg* (wie Anm. 13).

sequenz“ deutscher Fehlentwicklungen eines ganzen Jahrhunderts gewesen sei. Seit mehr als 100 Jahren seien Deutschland und die Deutschen in die Irre gegangen. Denn die von Preußen ausgegangene, seit 1870/71 dem ganzen Land auferlegte Auffassung von der Omnipotenz des Staates habe „die Einzelperson, ihre Würde und ihren Wert ... diesem Götzen geopfert“. Imperialismus und Nationalismus seien die ersten schlimmen Folgen gewesen; und dann habe „die materialistische Weltanschauung zwangsläufig zu einer weiteren Überhöhung des Staats- und Machtbegriffs“ geführt, der Marxismus habe in dieselbe Richtung gewirkt, und ebenso die Entchristlichung. „In einem Volk, das erst durch die „preußische ... Auffassung vom Staat ... [und] von dem ihm geschuldeten unbedingten Gehorsam, dann durch die materialistische Weltanschauung geistig und seelisch vorbereitet war“, konnte sich, begünstigt durch die schlechte materielle Lage weiter Volkskreise, verhältnismäßig schnell eine Lehre durchsetzen, die nur den totalen Staat und die willenlos geführte Masse kannte“ und welche dann „andere Völker für minderwertig, zum Teil vernichtungswürdig“ erachtete, aber auch im eigenen Volk die politischen Gegner vernichten wollte.

Dagegen und zugleich heftig polemisierend gegen Kurt Schumachers SPD, welcher er die Verhaftung im Sozialismus als Weltanschauung und auch im Etatismus vorhielt, stellte er das Programm der CDU, mit dessen Verwirklichung eine neue Epoche in der Geschichte Deutschlands und seiner Beziehungen zu den Nachbarvölkern beginnen sollte.

Dieses Programm ging nicht vom Staat, sondern (wie schon die Kölner Leitsätze im Sommer 1945) von der Würde des einzelnen Menschen aus. „Wir nennen uns christliche Demokraten, weil wir der tiefen Überzeugung sind, dass nur eine Demokratie, die in der christlich-abendländischen Weltanschauung, in dem christlichen Naturrecht, in den Grundsätzen der christlichen Ethik wurzelt, die große erzieherische Aufgabe am deutschen Volke erfüllen und seinen Wiederaufstieg herbeiführen kann.“ Deutschland sollte nicht wieder ein den Nachbarn Schrecken einjagendes zentralistisches Reich, sondern ein Bundesstaat werden und die Verständigung mit dem Westen suchen, zunächst durch „organische Verflechtung der Wirtschaft“, womit er an seine Pläne aus den 1920er Jahren anschloss, die damals am Nationalismus, keineswegs nur am deutschen, gescheitert waren.¹⁹ Um die Deutschen für diesen neuen Kurs zu gewinnen, appellierte er an die Alliierten, die Lasten der Besatzung zu mildern. Den Höhepunkt des Ganzen bildete die Perspektive der „Vereinigten Staaten von Europa“, die so konkret Adenauer wohl als erster Politiker aufgewiesen hat. Das war ein großer, auf die Überwindung der zerstörerischen Konflikte

19 Vgl. Karl Dietrich ERDMANN, *Adenauer in der Rheinlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg*, Stuttgart 1966.

eines ganzen Jahrhunderts ausgerichteter Entwurf,²⁰ seine weitgehende Verwirklichung hat die historische Rolle der CDU begründet.

Zugleich plädierte Adenauer für freie Wirtschaft und soziale Verantwortung. Ein weiterer Kernsatz lautete: „Die größte Aufmerksamkeit werden wir der Ausmerzung des nationalsozialistischen und militaristischen Geistes ... widmen müssen“; ein anderer: „Der frühere Rechtszustand [d. h., der der Zeit bis 1933] wird wiederhergestellt“. Erwähnen möchte ich jedoch noch, dass Adenauer sich, wie schon zu Beginn, so auch am Schluss seiner Rede an seine „Kölner Mitbürger“ wandte, mit konkreten Vorschlägen für den Wiederaufbau: „Sie können der Altstadt wieder ... den Charakter einer schönen, mit den erhabenen Werken kirchlicher und profaner mittelalterlicher Baukunst durchsetzten Wohnstadt“ geben. Der große Modernisierer der Stadt in den 1920er Jahren wusste, wie die meisten Kulturpolitiker seiner Zeit, wo in einer im Grunde altertümlichen Stadt die Grenzen der Modernisierung liegen sollten. Der Wiederaufbau der alten Kirchen Kölns blieb ein konstantes Anliegen Adenauers, welches er allerdings mit Unverständnis für moderne Kunst verband; er stand damit in seinen Kreisen nicht allein.

Adenauers Nachfolger als Oberbürgermeister war im November 1945 der in vielen Ämtern erfahrene Verwaltungsjurist Hermann Pünder (geb. 1888) geworden, auch er Kölner. Er war von 1926 bis 1932 Staatssekretär in der Reichskanzlei gewesen, den Zentrumskanzlern Wilhelm Marx (ebenfalls aus Köln) und Heinrich Brüning eng verbunden, dann Regierungspräsident in Münster, als solcher 1933 abgesetzt, wegen seiner Kontakte zu Goerdeler nach dem 10. Juli 1944 verhaftet, immerhin vom Volksgerichtshof freigesprochen, aber bis zum Kriegsende im KZ. Danach hatte er sich in Münster um die Realisierung des „Gedankens der politischen Gemeinschaft aller Christen“ bemüht, aufgrund der Erfahrungen seiner „schweren Zeit“ im KZ.²¹

20 Dazu gehörte auch Adenauers gleichzeitiges Plädoyer für die auf Dauer anzulegende Einrichtung der Hauptstadt des neuen Deutschland nicht in Berlin, sondern im Westen, so in seinem Brief an die Teilnehmer eines bizonalen CDU/CSU-Treffens 8. April 1946, vgl. ADENAUER, *Briefe* (wie Anm. 14), Nr. 200.

21 Rudolf MORSEY, *Herman Pünder (1888–1976)*, in: *Christliche Demokraten gegen Hitler* (wie Anm. 4), S. 397–402; Ders., *Hermann Pünder (1888–1976)*, in: Franz-Josef HEYEN (Hg.), *Rheinische Lebensbilder*, Bd. 12, Köln 1991, S. 275–296. Hermann PÜNDER, *Von Preußen nach Europa. Lebenserinnerungen*, Stuttgart 1968. Tilman PÜNDER, *Hermann Pünder und seine Kölner Zeit*, in: *Jahrbuch des Kölnischen Geschichtsvereins* 59 (1988), S. 249–293. Vgl. zu Pünder und Christine Teusch, außerdem zu Hans Berger (auch er 1945/46 im Umkreis der Kölner CDU aktiv) und Wilhelm Elfes auch Rudolf LILL, *Im Hintergrund des Widerstands: Über einige rheinische Hitler-Gegner*, in: Joachim SCHOLTYSECK/Stephen SCHRÖDER (Hg.), *Die Überlebenden des deutschen Widerstandes und ihre Bedeutung für Nachkriegsdeutschland* (Schriftenreihe der Forschungsgemeinschaft 20. Juli e. V., Bd. 6), Münster 2005.

Pünder, der Anfang März 1948 Vorsitzender („Oberdirektor“) der Verwaltung des „Vereinigten Wirtschaftsgebietes“ aus amerikanischer und britischer Besatzungszone (Bi-Zone) wurde, hat sich in seinen gut zweieinhalb Kölner Jahren ebenso wie um den nach wie vor äußerst schwierigen materiellen Wiederaufbau um die Neufundierung des kulturellen Lebens bemüht. Bei seinem Amtsantritt zählte Köln wieder ca. 450 000 Einwohner, die großenteils notdürftig untergebracht waren. Doch die zur Überwindung der Wohnungsnot unerlässliche Belebung der Wirtschaft begann im vollen Sinne erst 1947/48. Aber im Hungerjahr 1946 wurde ein neues Museum gegründet, durch Ausgliederung der römisch-germanischen Abteilung aus dem Wallraf-Richartz-Museum! Im Mai 1946 wurde auch die Hochschule für Musik eröffnet, im September die Volkshochschule. Eine Ausstellung „Meisterwerke aus Kölner Museen“ zeigte seit März eine Auswahl der über den Krieg geretteten und inzwischen zurückgebrachten Bilder. Von Josef Haubrich, der zugleich sozialdemokratischer Kommunalpolitiker war, übernahm die Stadt dessen stattliche Sammlung von Bildern der klassischen Moderne, auch, um die Verluste des NS-Bildersturms auszugleichen. Nachfolger Krolls, der in die Universität zurück ging (außerdem 1946–1948 MdL in Düsseldorf) als Kulturdezernent war am 1. April 1946 Wilhelm Steinforth geworden, der, weil Sozialdemokrat, ebenfalls 1934 als Oberstudiendirektor abgesetzt worden war.

Bei der ersten Kommunalwahl am 13. Oktober 1946 erreichte die CDU unter der Devise „Gegen Marxismus! Für Christentum“ 53,4 % der Stimmen und, infolge des Persönlichkeitswahlrechts, 41 von 51 Sitzen. Fast gleichzeitig gab es unter Pünders Ägide Kölner Kulturtage zum Thema „Der Rhein und Europa“. Dabei ging es um die Wiedererschließung jener nicht erst vom Nationalsozialismus, sondern vom Nationalismus insgesamt verschütteten europäischen Gesamtkultur aufgrund von Antike, Christentum und Humanismus, von der diejenigen, die heute nur die Aufklärung als unseren historischen Bezugspunkt beschwören, nichts mehr wissen oder nichts mehr wissen wollen. Seinen Erinnerungen (1968) gab Pünder den Untertitel „Von Preußen nach Europa“. Nach seinem Ausscheiden aus öffentlichen Ämtern (MdB 1950–1957) hat er in Köln noch lange und engagiert als Präsident resp. Vorsitzender des Zentral-Dombauvereins und der 1958 gegründeten Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit gewirkt.²²

Im selben Sinne wie Pünder hat gleichzeitig auf der größeren Ebene des im Sommer 1946 von den Briten gegründeten Landes Nordrhein-Westfalen die

22 Auch Adenauer hatte stets ein gutes Verhältnis zur jüdischen Gemeinde Kölns. An der Wiedereinweihung der großen Synagoge (1959) hat der Bundeskanzler als hoch geehrter Gast teilgenommen. ZVI AZARIA (Hg.), *Die Juden in Köln von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart*, Köln 1959.

Kölnerin Christine Teusch (geb. 1888) als Kultusminister [sic!] (1947–1954) gehandelt.²³ Sie war bis 1933 Reichstagsabgeordnete gewesen und 1936 als Lehrerin zwangspensioniert worden. Auf den Grundsätzen des Elternrechts und einer christlich fundierten Bildung, der Subsidiarität und der Gewissensfreiheit hat sie wesentlich die Schulartikel der Verfassung von 1950 geschaffen, welche u. a. die großzügige staatliche Mitfinanzierung privater Schulen vorsah. Dass in Frau Teuschs Amtszeit ca. 1.500 Schulen wieder hergestellt oder neu gebaut wurden, zeigt sowohl das Ausmaß der Zerstörung wie die Konsequenz des Wiederaufbaus. Restauration und Neuerung hielten sich in ihrem vielseitigen Wirken (auch wegen der Universitäten!) die Waage.

Mit Konrad Adenauer und Hermann Pünder hatte Köln in den Notjahren 1945 bis 1948 zwei sehr bedeutende, weit über die Stadt hinaus wirkende, aber ihr stets verbunden gebliebene Oberbürgermeister aus der CDU (dass Adenauer von Pünder weniger hielt, als dieser verdiente, braucht hier nicht weiter erörtert zu werden). Zugleich hatte Köln damals einen sehr bedeutenden Erzbischof, Josef Frings (geb. 1887, seit 1942 Erzbischof, 1946 Kardinal), welcher Adenauer seit langem kannte und schätzte.²⁴ Kardinal Frings hat die CDU unterstützt und der von einer durchaus respektablen Minderheit betriebenen Wiederbelebung der rein katholischen Zentrumsparterie widersprochen; 1948 wurde er sogar Mitglied der CDU, ist aber aus Rücksicht auf Artikel 32 des Reichskonkordats bald wieder ausgetreten ist.

Erzbischof Frings hatte dem NS-Regime offener widersprochen als die Mehrzahl seiner Kollegen, von 1946 bis 1949 ist er dann gegenüber den Alliierten und überhaupt im westlichen Ausland als Sprecher der politisch noch nicht präsenten Deutschen aufgetreten; auch dies kam dem Prestige des christlich-demokratischen Köln sehr zugute. Von Oberbürgermeister Pünder nachdrücklich unterstützt, organisierte der Kardinal die Wiederherstellung des Chores des Domes, welcher am 15. August 1948, d. h. 700 Jahre nach der Grundsteinlegung, erstmals wieder benutzt werden konnte. Auch dieses Dom-Jubiläum, zu dem ein päpstlicher Legat nach Köln kam, signalisierte den Willen zur Orientierung an Werten aus der christlichen und der vornationalen Epoche unserer Geschichte. Die preußischen Könige und viele national gesinnte

²³ Vgl. Anm. 8 und 21; vgl. auch J. Dominica BALLOF, *Christine Teusch*, in: *Zeitgeschichte in Lebensbildern*, Bd. 2, Mainz 1975, S. 202–213.

²⁴ Josef Kardinal FRINGS, *Für die Menschen bestellt. Erinnerungen des Alterzbischofs von Köln*, Köln 1973, (insbes. S. 35–133). Norbert TRIPPEN, *Josef Kardinal Frings (1887–1978)*, Bd. 1: *Sein Wirken für das Erzbistum Köln und für die Kirche in Deutschland*, Paderborn 2003. Die Kapitel I–IV dieser gründlich recherchierten Biographie widerlegen auch die vom Kölner NS-Dokumentationszentrum verbreiteten Vorurteile (vgl. Anm. 17). Vgl. bei TRIPPEN, S. 427 auch die Belege für Adenauers energisches Eingreifen in die Diskussion über die mittelalterlichen Kirchen Kölns (April 1947).

Rheinländer hatten im Dom seit 1840 resp. 1848 ein nationales Monument gesehen; nun, 1948, wurde er wieder in seine originäre europäische Dimension gestellt; und das bedeutete auch Gemeinsamkeit mit den Nachbarn im Westen und Willen zur Versöhnung, wie ihn z. B. einer der prominentesten Gäste, Kardinal Suhard von Paris aussprach. Solche historischen Rekurse sollten auch Konsens schaffen für den Prozess der politischen Einigung Europas, welche 1948/49 konkret begonnen hat.²⁵ Dies alles verkennt eine neuere Interpretation des Domfestes als „Versuch, sich eine neue Vergangenheit zu geben“.²⁶

Die Kölner CDU ist seit November 1945 von Johannes Albers und Peter Josef Schaeven geführt worden. Nachfolger Pünders als Oberbürgermeister wurde im April 1948 Ernst Schwering, die Leitung der Stadtverwaltung blieb bei Wilhelm Suth (bis 1953, seit 1948 gemäß der von den Briten eingeführten Gemeindeordnung als Oberstadtdirektor).²⁷ Ernst Schwering war Gründungs- und Vorstandsmitglied der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU/CSU, auf deren erster großer Tagung in Bad Reichenhall (Februar 1948) er den Schlussvortrag über „Christliche Kommunalpolitik als Klammer abendländischer Kultur“ hielt. Die großen Anreger von 1945/46 wirkten inzwischen in Düsseldorf (so auch Leo Schwering als Abgeordneter 1946–1948), Frankfurt und Bonn (Adenauer schon als Präsident des verfassunggebenden Parlamentarischen Rats seit 1. September 1948).

Auf der kommunalen Ebene verbreitete sich neue Normalität, auch Routine. Die Hauptaufgabe blieb der Wiederaufbau,²⁸ den die Währungsreform erst voll-

25 *Kölner Domjubiläum 1948. Dokumentenband*, hg. vom Kölner Metropolitan-Kapitel, Düsseldorf 1950. TRIPPEN (wie Anm. 24), S. 215–224 bezeichnet das Domfest als „Initialzündung für den Lebensmut und Wiederaufbauwillen der Kölner Bevölkerung“. Das Domfest konnte so auch deshalb wirken, weil wenige Wochen zuvor die von den westlichen Besatzungsmächten, besonders von den USA, bestimmte, aber in ihren direkten Auswirkungen von der Frankfurter Bizonenverwaltung unter Pünder (mit entschiedenem Engagement Ludwigs Erhards) mitgestaltete Währungsreform die Wende von der Zwangs- und Mangelwirtschaft zur Marktwirtschaft erbracht hatte. (Knappe Würdigung bei Rudolf MORSEY, *Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969*, 4. Aufl., München 2000.) Zu den Folgen gehörte, dass man auch in Köln im Sommer 1948 erstmals wieder Waren aller Art zu normalen Preisen kaufen konnte.

26 Jürgen BRÜGGER, *Das Kölner Domjubiläum 1948*, in: Jost DÜLFFER (Hg.), *Köln in den 50er Jahren. Zwischen Tradition und Modernisierung* (Veröffentlichungen des Kölnischen Geschichtsvereins, 44), Köln 2001, S. 219–238.

27 Vgl. zum folgenden Winfried HERBERS, *Ernst Schwering in der Kölner Lokalpolitik*, in: DÜLFFER (wie Anm. 26), S. 15–38; außerdem Robert FROHN, *Köln 1945–1981. Vom Trümmerhaufen zur Millionenstadt*, Köln 1982.

28 Mit dessen Gesamtplanung hatte schon OB Adenauer den vor 1933 mit modernen Kirchenbauten hervorgetretenen Architekten Rudolf Schwarz (1897–1961) beauftragt. Dieser entwarf, in bewusster Absetzung von den megalomanen Planungen des Dritten Reiches, für den zerstörten Stadtkern das Konzept einer „Hochstadt“ mit Kirchen und Kulturbauten, an deren Rand Wohngebiete. Er selbst stellte 1952 bis 1954 (mit Karl Band) den Gürzenich

ends ermöglicht hat. Man musste vor allem Wohnungen bauen (auch für die vielen aus Ostdeutschland eingeströmten Flüchtlinge, deren Integration wohl die größte, als solche heute nicht immer gewürdigte innenpolitische Leistung des Jahrzehnts nach 1948 geworden ist). Man wollte aber ebenso der Kultur neue Räume schaffen, und hat das gerade in Köln in größtem Ausmaß getan. Da sich diesbezüglich CDU und SPD weitgehend einig waren, blieb in der Stadt nur mehr wenig Raum für parteipolitische Profilierung. Wie schon Pünder wollte Schwing aber auch den parteiübergreifenden Konsens, und ebenso Schaeven.

Die zunächst von den Besatzungsmächten, im Westen besonders von den Amerikanern energisch betriebene Entnazifizierung lief seit 1948 aus; an einer zweiten Welle, wie sie dann seit den 1980er Jahren mit neuartiger, nicht selten unhistorischer Moralisierung und mit den eingangs erwähnten Pauschalverurteilungen in Gang gesetzt worden ist, konnten die damaligen Politiker nicht interessiert sein. Konsequenzen des Dritten Reiches hatten sie täglich aufzuarbeiten; zur Erinnerung gaben sie vielen Straßen neue Namen und bauten erste schlichte Denkmäler, die allen Opfern der Gewalt, nicht einzelnen Gruppen gewidmet wurden. Man scheute jedoch im bürgerlichen Lager die radikale Kriegskritik, welche gleichzeitig der junge Kölner Katholik Heinrich Böll begann. Dessen ersten Roman „Der Zug war pünktlich“ (1949) bezeichnete OB Schwing als „geschmacklos“, und so dachten wohl viele. Die Distanz gegenüber der Moderne, hier gegenüber deren emphatischem Realismus, wirkte weiter, wobei freilich, mehr als heute üblich, zu verstehen ist, dass nach einem ganzen Jahrzehnt außergewöhnlicher Anstrengungen und Nöte die Menschen Ruhe wollten.

Bis 1956 ist die CDU in Köln die stärkste politische Kraft geblieben. Aber bei der Kommunalwahl im Oktober 1948 war sie auf 42,5 % der Stimmen zurückgefallen. Im Stadtrat entfielen je 22 Sitze auf CDU (19) und FDP (3) wie auf SPD (17) und KPD (5), und nach Stimmgleichheit bei der Wahl des Oberbürgermeisters entschied das Los für Robert Görlinger (SPD), Adenauers altem Gegner. Im November 1952 konnte dann die CDU mit 43 % (gegen 37,1 % für die SPD) noch einmal einen knappen Sieg erringen, und Ernst Schwing kehrte für vier Jahre ins Amt des Oberbürgermeisters zurück. In dem Wahlkampf, in dem man sehr oft und vereinfachend mit dem „christlich-

wieder her (unter Erweiterung durch einen Neubau und Einbeziehung einer Kirchenruine als Gedenkstätte); 1955 bis 1957 baute er (zusammen mit Josef Bernard) das Wallraf-Richartz-Museum, an dessen schlichter Funktionalität Adenauer jedoch herbe Kritik übte. Vgl. *Kunst und Kultur nach 1945*, hg. vom Historischen Archiv der Stadt Köln, Köln 1996, S. 18, 31, 197; FROHN (wie Anm. 27), S. 190–194; Hiltrud KIER, *Stadtplanung und Architektur nach dem Zweiten Weltkrieg in Köln*, in: DÜLFFER (wie Anm. 26), S. 409–420. Vgl. auch (wegen der Zusammenhänge zwischen der Restaurierung der alten und dem von Kardinal Frings sehr geförderten Bau neuer Kirchen) TRIPPEN (wie Anm. 24), S. 426–439.

abendländischen Erbe“ argumentierte, hatte Bundeskanzler Adenauer sein ganzes inzwischen in Bonn erworbenes Prestige²⁹ eingebracht; ein weiteres Mal forderte er den Wiederaufbau aller mittelalterlichen Kirchen.

Bei den Landtagswahlen gewann die CDU 1950, 1954 und 1958, bei den Bundestagswahlen 1949, 1953, 1957 und 1961 alle Kölner Direktmandate. Von den sechs Landtagsmandaten ging stets eines an eine Frau (Christine Teusch) und eines an einen Protestanten (Ernst Molis vom CVJM). Die Kölner Bundestagsabgeordneten jener Jahre waren Aenne Brauksiepe, Johannes Albers, Fritz Hellwig, Carl Hesberg, Hans Katzer und Hermann Pünder.

Die hier skizzierten Anfänge sind wie in eine ferne Vergangenheit gerückt. Dass die Dominikaner in diesem Jahr jenes Kloster Walberberg schließen wollen, in welchem zwei ihrer Patres zusammen mit Kölner Politikern vor 60 Jahren das erste CDU-Programm erarbeitet haben, ist ebenso symptomatisch wie das insgesamt mediokre, mit protzigen Hochbauten und Geschmacklosigkeiten durchsetzte Bild der Stadt Köln, in der nur noch wenig an Adenauers und Pünders Vision vom Maß-Geben ihrer großen mittelalterlichen Bauten erinnert.

Und doch ist aus den enormen Anfangserfolgen der Kölner CDU wie auch aus ihren späteren Misserfolgen bis heute zu lernen.

Wirtschaftliche Kompetenz war im zerstörten Deutschland mindestens so wichtig wie heute. Aber die CDU-Gründer haben die Politik keineswegs auf die

²⁹ Der jungen Bundesrepublik waren 1952 wichtige Schritte zu innerer Stabilität und außenpolitischer Handlungsfähigkeit resp. Akzeptanz gelungen. Seit ihrem Beitritt zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) im Oktober 1951 konnte sie auf dem Weltmarkt agieren, es begann eine neue Konjunktur. Die Gesetze über Lastenausgleich und Währungsausgleich (August 1952) forderten zwar von vielen große Opfer, beugten aber den gefährlichsten sozialen Spannungen vor. Der im Mai 1952 unterzeichnete Deutschlandvertrag leitete die Gleichberechtigung der BRD ein, der im Juli in Kraft getretene Vertrag über die Montan-Union ihren Eintritt in die Außen- und Europapolitik. Im August 1952 hatte Adenauer nach schwierigsten Verhandlungen den grundlegenden Wiedergutmachungsvertrag mit Israel unterzeichnet; vgl. Rolf VOGEL (Hg.), *Deutschlands Weg nach Israel*, Stuttgart 1967, S. 39–75. (Knappe Darstellung der damaligen Politik der Regierung Adenauer bei MORSEY, *Bundesrepublik Deutschland*, wie Anm. 25, S. 22–48.) Unerwähnt bleibt diese Leistung Adenauers im Beitrag von Jürgen ZIEHER, *Im Schatten von Antisemitismus und Wiedergutmachung*, in: DÜLFER (wie Anm. 26), S. 277–304. Andererseits wird darin auf S. 291ff. ausführlich von der Beschädigung jüdischer Gräber durch Kinder und Jugendliche berichtet, obwohl der Autor schließlich zugeben muss, dass nur in wenigen Fällen politische Motive festgestellt worden sind. Köln ist im ersten Jahrfünft nach 1949 (begünstigt durch die Nähe der Bundeshauptstadt) auch ein Zentrum neuartiger Begegnungen mit den Nachbarländern geworden: mit den Kulturinstituten Belgiens, Großbritanniens, Frankreichs, der USA und Italiens. Zur Eröffnung des Italienischen Instituts im Sommer 1954 kam auch der Bundeskanzler. 50 Jahre danach, 2004, hat niemand in Köln daran erinnert! Aber wer sich erinnert, weiß, was er von Behauptungen grüner Politiker, dass erst sie die Bundesrepublik Deutschland wieder voll zivilisiert und draußen akzeptabel gemacht hätten, zu halten hat.

Ökonomie reduziert. Sie wollten, wie Hermann Pünder im November 1945 sagte, nicht nur die Trümmer auf Straßen und Plätzen beseitigen, sondern ebenso die in der „Geistesverfassung unseres Volkes“.³⁰ Deshalb formulierten sie erstens ein an der christlichen Auffassung vom Menschen und seiner Würde orientiertes Gesellschaftskonzept und zweitens den politischen Zukunftsentwurf eines demokratischen und föderalen, im Westen zentrierten und europäisch ausgerichteten Deutschland; und diesen stellte Konrad Adenauer kompromisslos als die bessere Alternative zu dem noch mehr sozialistischen, etatistischen und auch mehr nationalen Konzept der SPD Kurt Schumachers heraus.

Aber auf den großen und schnellen Erfolgen hat man sich in den 1950er Jahren ausgeruht und damit jene Selbstzufriedenheit an- oder hingenommen, an der heutige Kritiker die ganze damalige Politik messen. An die Stelle der 1945 proklamierten Selbstverwaltung („so wenig Staat wie nötig“) trat wieder die Bürokratie, welche sich, nun nicht mehr gezähmt durch die Kargheit preußischer Richtlinien, ungehemmt ausgebreitet hat, gerade in den Kommunen.

Zudem traten nun wieder kulturelle Defizite zutage, welche der Aufbruch von 1945 zurückgedrängt hatte. Man hielt sich, wie schon gesagt, am „christlich-abendländischen Erbe“ fest und fragte nicht, was davon noch lebensfähig und wie es zukunftsfähig zu machen war. Mit Kritikern wie Heinrich Böll diskutierte man nicht, so dass diese anderswo Zuspruch suchten und fanden. Aber wer politische Führung erhalten oder gewinnen will, muss kompetent für den kulturellen Dialog sein und diesen offen führen. Man soll sich durchaus nicht dem sog. Zeitgeist anpassen, aber man muss die ihn tragenden Ideen erkennen und sich mit ihnen inhaltlich auseinandersetzen. Für die CDU in Köln wäre das heute um so wichtiger, weil von der Kölner Kirche, anders als zur Zeit des Kardinals Frings, seit langem kein ergänzender dialogischer Impuls mehr ausgeht.

Aber für einen solchen Dialog reichen Kommunikationswissenschaften und Politikberatung nicht aus. Man muss eben auch die eigene Geschichte und ihre Hintergründe kennen, denn nur dann kann man deren Entstellung widersprechen. Dass diese langfristig wirkt, wird anscheinend von vielen nicht verstanden oder über den Tagesgeschäften vergessen. Es sieht wohl so aus, als ob die Kölner CDU, die seit 1999 wieder den Oberbürgermeister stellt, den Dialog mit dem hier erwähnten NS-Dokumentationszentrum gesucht hätte!

Jedenfalls sind in Köln im Sommer 1945 Leitlinien skizziert und dann im März 1946 von Konrad Adenauer fester gezogen worden, die noch heute als Grundorientierung gelten können. Man sollte die damaligen Texte lesen und bedenken, auch was deren sachbezogene Einfachheit angeht; sie sind in gutem und klarem Deutsch geschrieben!

30 FROHN (wie Anm. 27), S. 120.